



Alternativantrag

der Fraktion des SSW

zu „Einführung von Mindeststandards entlang der Bildungsbiografie konsequent fortsetzen - hohe Abschlussquoten sicherstellen“ (Drucksache 20/2671(neu))

Bildungsbiografien konkret fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den Übergang von den Kindertageseinrichtungen in die Grundschule und von der Grundschule in die weiterführenden Schulen so zu gestalten, dass die Möglichkeiten von Lernausgangslagen in Klassenstufe 1 und 5 genutzt werden und dabei das Gelingen der Übergänge zu sichern,
- eine Schülerinnen- und Schüler-ID in Schleswig-Holstein zeitnah einzuführen, um Bildungsverläufe auch über die Grenzen des allgemeinbildenden Schulsystems hinweg nachzuvollziehen und eine durchgängige Unterstützung im Bildungsprozess durch die allgemein- und berufsbildenden Schulen leisten zu können.
- die bereits bestehenden schulrechtlichen Schnittstellen zum § 31a SGB III umgehend so zu gestalten, dass damit der Berufsberatung die aktive Kontaktaufnahme mit jungen Menschen erleichtert wird, die ohne eine konkrete Anschlussperspektive die allgemeinbildende Schule beenden.
- sowie die Arbeit der Jugendberufsagenturen auf der Grundlage des Abschlussberichtes zur Evaluation der Jugendberufsagenturen in Schleswig Holstein weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Der Landtag erwartet in diesem Zusammenhang, dass die Landesregierung die oben genannten Punkte mit der Hansestadt Hamburg abstimmt und zeitnah umsetzt.

Begründung:

Die Schule wird als zentrale gesellschaftliche Instanz durch das Recht des jungen Menschen auf eine seiner Begabung, seinen Fähigkeiten und seiner Neigung entsprechende Förderung und Ausbildung bestimmt. Hierfür ist zentral, dass alle Schülerinnen und Schüler dabei unterstützt werden, um den für sie individuell bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen.

Nach dem schleswig-holsteinischen Grundsatz „Niemanden zurücklassen“ ist uns jedes Kind wichtig und wir übernehmen Verantwortung für jede Schülerin und jeden Schüler. Die im Antrag genannten Maßnahmen müssen dabei unbedingt mit unserem Nachbarbundesland Hamburg abgestimmt werden, da viele Jugendliche ihre Schul- und Berufsausbildung auch auf der jeweilig anderen Seite der Landesgrenze absolvieren.

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion